

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

Herausgeber

BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG · BONN-BAD GODESBERG
AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG · HANNOVER

51. Jahrgang

1993

Heft 2-3

Einführung zum Themenschwerpunkt Brandenburg – Berlin

Quo vadis Brandenburg – Berlin?

Die hochfliegenden Prognosen für die Entwicklung der metropolitanen Region Berlin sind passé. Weder gibt es Parallelen zu Entwicklungen von Tokio, New York noch zu den Entwicklungsverläufen der Metropolen Paris oder London, wie Prognostiker 1990 und 1991 weissagten. Die Naivität, mit denen diese Prognostiker (oder "Regenmacher") einen Wirtschaftsboom für diese Region voraussagten und dabei auf die o.g. Beispiele und die 60er und 70er

Jahre verwiesen, war beeindruckend und beängstigend zugleich.

Zwischenzeitlich ist Nüchternheit in die Prognosebüros und Amtsstuben eingezogen. Von einem Zuzugsboom spricht kaum noch ein Planer, und das "take off" läßt auf sich warten. Vielleicht ist diese Fügung – die nicht nur durch die derzeitige Rezession zu erklären ist – geeignet, das Ausmaß an weiteren räumlichen Fehlentwicklungen auf ein erträgli-

ches Maß zu reduzieren, weil Gelegenheit gegeben ist, über verschiedene Entscheidungen gründlicher nachzudenken? Der Mehrzahl der "schnellen" Vorschläge für die neuen Länder – auch aus dem Bereich der Raumplanung – lag auch die Vorstellung zugrunde, daß westdeutsche Rezepte und Werthaltungen aus den 60er und 70er Jahren übertragbar seien. Vernachlässigt wurden dabei völlig die mentalen Unterschiede zwischen Ost und West, oder anders formuliert: die Unterschiede in der personellen und institutionellen Infrastruktur.

Diese Bedingungen zu verändern, bedarf es längerer Zeit, als Telefonverbindungen zu modernisieren, Industriekombinate zu privatisieren oder zu liquidieren, Ortsumgehungsstraßen zu bauen oder Gewerbeflächen auszuweisen und zu erschließen. Die mentalen Barrieren oder anderen Verhaltens- oder Denkweisen bei der Mehrzahl der Einwohner aus den neuen Ländern, die entweder nur für sich (z.B. ob sie nach Westdeutschland abwandern) oder andere (als Kommunalpolitiker, Manager eines Betriebes oder Leiter einer landwirtschaftlichen Genossenschaft) entscheiden, werden zu anderen Entwicklungsverläufen oder -pfaden führen, als das in vielen Prognosen, Plänen oder gar Gesetzen aufgeschrieben wurde, die beinahe täglich geändert und den jeweils neuen Realitäten angepaßt werden müssen. Auch westdeutsche Planer/innen, Wissenschaftler/innen werden ebenso umdenken müssen, wie das von vielen ostdeutschen Kollegen/innen seit 1989 täglich verlangt wird.

Jetzt nachträglich vorgebrachte Feststellungen – man hätte im Westen das ganze Ausmaß des Desasters in der ehemaligen DDR nicht gekannt – müssen als Schutzbehauptungen bezeichnet werden, weil in Westeuropa zumindest seit den 80er Jahren die wesentlichen Informationen über die Situation der sozialistischen Länder weitgehend bekannt waren und diese nach dem Zusammenbruch nur unwesentlich korrigiert werden mußten. Interessiert haben diese Informationen bis 1989 allerdings in Westdeutschland nur wenige.

Mit der beinahe lückenlosen Übernahme westlicher Wertvorstellungen (Normen und Rechtsvorschriften und staatlicher Instrumente) sind freilich auch jene partiellen Vorzüge der ehemaligen DDR – die aus welchen Gründen auch immer bestanden – "plattgemacht" worden. Aus der Sicht der Raumplanung waren dies u.a. das weitgehende Fehlen von Suburbanisationsprozessen (klare Stadtkanten), der Gütertransport auf der Schiene oder die Abfallverwertung (SERO-System). So nimmt es nicht wunder, daß die Mehrzahl der räumlich-strukturellen Fehlentwicklungen Westdeutschlands in den ostdeutschen Ländern im Zeitraffertempo nachgeholt wird und diese also vor der dreifachen Aufgabe stehen:

- nachzuholen und Anschluß zu suchen an westdeutsche Standards,
- zu sanieren und
- neuere Entwicklungen zu berücksichtigen (ökologischer Umbau usw.).

Eigenständige Ansätze in der Raum- und Siedlungsentwicklung sind – trotz einiger rhetorischer Bemühungen – in den neuen Ländern kaum zu erkennen: eine historisch einmalige Chance wurde vertan!

Über 50 % der privaten Investitionsentscheidungen der nächsten 20–30 Jahre für das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungssektor (Einkaufszentren, Bürogebäude, Logistikzentren) sind in Brandenburg im näheren Umland von Berlin durch Grundstücksvorverträge, Kaufverträge, Baugenehmigungen und Inbetriebnahme dieser Einrichtungen verortet. In der Mehrzahl der Fälle sind diese Entscheidungen weder raumordnerisch vertretbar und ökologisch akzeptabel noch gesamtwirtschaftlich sinnvoll: Die öffentliche Hand wird die negativen Folgewirkungen (externen Effekte) dieser Entscheidungen dann in den nächsten Jahren zusätzlich auszugleichen haben. Der "Siedlungsbrei" bis zum Autobahnring ist weitgehend vorprogrammiert, und der Standort Berlin-Brandenburg hat bereits in drei Jahren eines seiner wichtigsten Standortpotentiale – eine fast intakte Stadtkante und landschaftlich wertvolle Freiräume in Stadtnähe – aufgegeben. Da der öffentliche Personennahverkehr auf der Schiene nur mühsam in Gang gebracht wird (es werden für die Wiederinbetriebnahme des S-Bahnverkehrs nach Nauen, Teltow/Ludwigsfelde, Hennigsdorf oder auf dem Nordring z.T. Fristen der Inbetriebnahme genannt, die nach dem Jahre 2000 liegen), ist die "autogerechte Suburbanisierung" nicht mehr aufzuhalten.

Dennoch: Es wird derzeit in Brandenburg und Berlin mehr geplant als je zuvor an einer anderen Stelle. Ganze Bataillone von Gutachtern sind in beiden Ländern unterwegs, um auch den letzten Pfuhl zu untersuchen. Ein wesentlicher Engpaß ist zu verzeichnen: Weder die Landesregierung in Brandenburg noch der Senat in Berlin sind kapazitätsmäßig in der Lage, die Vielzahl von Vorschlägen in ein Entscheidungssystem zu bringen, mit dem es möglich wäre, von einigen Grundsatzentscheidungen oder Optionen ausgehend, einen Rahmen für die räumlich-strukturelle zukünftige Entwicklung politisch festzulegen. Schon vor einem Jahr wäre es von der Sache her möglich gewesen, die Grundzüge eines gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms Brandenburg-Berlin verbindlich zu bestimmen, mit dem die großräumigen Optionen bezeichnet und zumindest ein Teil der derzeitigen Fehlentwicklungen hätten vermieden werden können.

Das Wissen hierzu – für diesen groben Maßstab – liegt seit mindestens zwei Jahren vor, und neue Gutachten erbringen hierfür keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn. Die Vertagung dieser Entscheidungen bringt jedoch jeden Tag neuen Schaden.

So dominiert nach wie vor die Einzelfallentscheidung für Wohnbauflächen in Berlin oder für Güterverkehrszentren in Brandenburg, und der Bundesverkehrsminister, der Bundesfinanzminister (Liegenschaften) oder der Verteidigungsminister kochen ihre eigenen Süsschen – weitgehend ohne Transparenz. In beiden Ländern regieren Koalitionsregierungen, die diese längst fälligen Entscheidungen nicht erleichtern. Und: Die Berliner Politik und Planungsverwaltung hat in 40 Jahren nicht gelernt, mit Nachbarn – und seien

es Kleingemeinden am Stadtrand oder Landkreise – umzugehen, sie hat auch keine Raumplanungserfahrungen.

Brandenburg muß erst seine institutionelle Infrastruktur schaffen (Kreisreform, kommunales Wahlrecht, Etablierung der Regionalplanung u.a.), ehe es sich imstande sieht, materielle Optionen, die über den Einzelfall hinausgehen, verbindlich zu bestimmen, die sowohl für private Investoren als auch für die anderen Träger öffentlicher Planungen einen räumlich-strukturellen Rahmen setzen. Das Gezerre um das Raumordnungsverfahren für einen neuen Flughafen mag ein Beleg für diese Feststellung sein. Sicher mag eine Ursache der kaum zu verantwortenden Verzögerung planerischer Entscheidungen die noch offene Frage der Vereinigung der beiden Länder sein, die dazu führt, daß sich beide Partner und die Träger der politischen Macht trotz aller Verbalerklärungen immer tiefer in ihren Gräben verstecken.

Für die Raumplanung läßt das hier vorzuführende Fallbeispiel Brandenburg-Berlin indes auch ein tröstliches Resümee zu: Das Fehlen planerischer Vorgaben auch in einem im

Transformationsprozeß zur Marktwirtschaft befindlichen Gesellschaftssystem führt zu Fehlentwicklungen, Investitionsunsicherheit, Fehlallokationen und irreparablen ökologischen Schäden. Deshalb tut auch in Brandenburg-Berlin effiziente Raumplanung not!

*Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler
TU Berlin
Institut für Landschaftsökonomie
Franklinstraße 28/29 II
10587 Berlin*